

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Setz: Antrag Schröder will nicht angenommene Paragraphen aus dem Tarif entfernen, sondern Annahme weiterer schädigender Bedingungen verhindern.

Gasch gegen Rosenlehner gibt in längerem Ausführungen seine Verteidigung für sein Verhalten beim Ersasse seines Briefes an Rosenlehner schriftlich kund, welches zur Kenntnis der Delegierten gelangt, aber in Uebereinstimmung des Büreaus ebenso wie der von Rosenlehner deponierte Brief nicht zum Abdruck gelangen soll.

Riedel gegen Rosenlehner: Ich habe bei Geltung der Unterschriften zum Tarife mich hauptsächlich dagegen gewandt, daß sich die Kreise der Gehilfenschaft den Spruch der Generalversammlung nicht abgemerkt, sondern derselben vorgegriffen haben, die allein kompetent sein muß, ob der Tarif anerkannt werden soll oder nicht.

Rosenlehner gegen Müller-Essen: Ich habe nur bemerkt, daß die Hamburger Vertreter auf den prinzipiellen Standpunkt hin gewählt wurden, während dies nicht überall der Fall war, wie aus einem Telegramm aus Bremen ersichtlich.

Müller-Essen gegen Rießschmann: Kollege Rießschmann behauptet, in Dessau wäre nur auf dem Boden der Tarifgemeinschaft gearbeitet worden, demgegenüber muß ich die Maßregelung unserer Verbandskollegen in der Buchdruckerei Gutenberg feststellen.

Schröder gegen Gasch: Zu der Aussage Gaschs, daß kein Gauvorstand gegen die fortgesetzte Sucht des Zentralvorstandes, unter allen Umständen mit den Prinzipalen Verhandlungen anzuknüpfen, erklärt der Unterzeichnete, daß der Gauvorstand Württemberg auf ein derartiges Zirkular ganz entschieden Protest dagegen einlegte, wie auch der Umerzeichnete es war, der auf der Breslauer Generalversammlung Stellung dagegen nahm. Herr Gasch schweig auf bejagter Generalversammlung über diesen Punkt.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erhielt das Schlusswort nunmehr Reihhäuser: Ich muß von vornweg hier nochmals hervorheben, daß diese Generalversammlung nicht einberufen wurde, um persönliche Differenzen zum Austrage zu bringen, dies ist von Gasch hineingetragen, nur als Mittel zum Zweck, sondern wir müssen hier frei und rücksichtslos erklären, welche Wege fortan eingeschlagen werden sollen. Alles persönliche liege ihm fern, nur das Interesse für die Organisation sei ihm maßgebend. Die Wahlen zu dieser Generalversammlung erinnern lebhaft an die Reichstagswahlen von 1887. Auch hier sollte eine Hurrahmehrheit herauskommen, aber für Gaschs Pläne. Bei den Wahlen ist überall die Hand Gaschs sichtbar gewesen, als Beweis dafür führte er u. a. an, daß Gasch, als ein Kollege in einem kleinen Orte Bayerns einen Artikel gegen die Tarifgemeinschaft geschrieben, er denselben schrieb, er wolle ihn als Kandidaten zur Generalversammlung aufstellen. Ob die Thätigkeit unsers Redakteurs so weit gehe, überlasse er der Beurteilung der Kollegen. Aber die Folgen der Thätigkeit Gaschs, wie der Aufbruch der Leipziger Opposition, werden auch bei Ihnen (zur Opposition) hoffentlich nicht Anlang finden; ich hoffe vielmehr, daß wir uns wiederfinden werden in unseren gemeinsamen Zielen; auf diesem reaktionären Standpunkte sind wir uns einig. Die Anschauungen über einzelne Punkte des Tarifs gehen weit auseinander, jeder von der Opposition hat ein neues Programm. Wir haben aber die neuen Bestimmungen schaffen helfen in der vollen Ueberzeugung, daß es das Beste und Erreichbarste für die Organisation ist und heute kann es nur heißen: Die Tarifgemeinschaft, die gegen. Kann speziell die Leipziger Kollegenschaft auf andre Weise mehr durchdringen, nun dann ja — ich zweifle stark daran, ebenso wie ich zweifle, daß es in anderen Gauen der Fall sein wird, deren Vertreter sich dagegen erklärt haben. Es ist viel gesprochen worden über die Unterchrift, aber Prinzipale und Gehilfen waren darin einig, daß es nicht eine Urabstimmung sondern nur eine Kontrolle über die Einführung des Tarifs sein soll. Was im Tarife steht, ist beschloffen, ob es Wirklichkeit werden wird, bleibt abzuwarten, da die Vorbedingungen dazu noch erst der Beschlussfassung unterliegen. Wer ihn aber unterschreibt, der muß auch denselben bezahlet verlangen und auch eintreten dafür und traurig, wer sich auch nur einen Pfennig davon abziehen läßt. Es wurde hier viel davon gesprochen, daß die Annahme des Tarifs unsre Thätigkeit lähmen würde. Nichts unrichtiger als das. Wenn der Tarif ist für mich ein fester Boden und wir werden durch ihn in eine tüchtige Bewegung hineinkommen und dafür arbeiten, daß derselbe bis in das kleinste Dörfchen hinein Geltung erhält. Unanständig war es, daß man den Gehilfenvertretern eins auswichte, weil sie dem Büreau ihren Dank ausdrückten, was jeder im öffentlichen Leben doch thun muß. Was die Arbeitsnachweise anbetrifft, so ist dies,

wie vieles andre, nur eine Zweckmäßigkeitfrage. Wir wissen, daß die jetzigen Prinzipals-Arbeitsnachweise — wie gerade in Leipzig — zu einer wahren Zuchtrute für die Gehilfen geworden sind, was es da nicht unsre Pflicht, zu versuchen, Einfluß auf dieselben zu erhalten? Auf Grundlage der Stettiner Resolution darf die Vermittlung nur erfolgen. Und haben nicht die modernen Gewerkschaften — wie z. B. in München — ihren Arbeitsnachweis aufgegeben, als ein städtisches Amt errichtet wurde. Ähnlich verhält es sich mit den Einigungsämtern und Schiedsgerichten; letztere sind nur bei tariflichen Streitigkeiten anzurufen und machen die Gewerbegerichte nicht überflüssig, und was die Aufbringung der Kosten anbetrifft, so wollten die Prinzipale, daß ihre Kampfhähne, die fortgesetzt vor denselben erscheinen, auch die Kosten dafür aufbringen. Ich setze dabei voraus, daß es bekannt sein dürfte, daß 90 Proz. der Klagen vor den früheren Tarifschiedsgerichten zu Gunsten der Gehilfen entschieden wurden. Weil dies der Fall, wurden sie ja auch auf Wunsch der Prinzipale aufgehoben. Bei jedem Konflikt suchen wir, laut Statut, bevor zum Außersten, dem Streit, geschritten, zu vermitteln; warum scheut man sich jetzt davor, wo die Prinzipale — ich gehe zu im eignen Interesse — mit dafür sorgen sollen, daß tarifliche Verhältnisse bestehen bleiben. Aber die Opposition gegen diese noch zu lebenden Institutionen sind künstlich hervorgerufen durch einen klünnen Schachzug Gaschs in seiner Beschränkung, der zukünftige Tarifbeamte könne ein Kenegat werden. So ist die Sachlichkeit, mit der gekämpft worden, man hat nicht mehr mit ehrlichen Mitteln gekämpft, sondern alle Mittel waren recht, etwas zu bestämpfen, das aus praktischen Erwägungen hervorgegangen. Ich behaupte aber, die früheren Tarifbeamten, die Gasch uns als Beispiel angeführt hat und die zufällig alle auf Leipziger Boden gewachsen, sie waren nicht imstande, unsre Organisation so zu schädigen, wie er es mit seiner Kampfesweise jetzt gethan hat. In der Lehrlingsstafa ist allerdings eine Verschlechterung enthalten, indem sie gestattet, daß im letzten Jahre ein zweiter Lehrling eingestellt werden kann; aber sie bietet uns doch die Möglichkeit, gegen die Lehrlingsbrutalanstalten vorgehen zu können. Daß die Statistik vom Tarifamte besorgt werden soll, wird ebenfalls verurteilt, aber in dem Bewußtsein, daß wir wahrscheinlich durch unsern Einfluß eine bessere Statistik erhalten werden, als wenn die Unternehmer mit den Behörden dieselbe aufstellen, haben wir eine Schädigung darin nicht erblicken können. Wir können die besten Statistiken aufnehmen, sie werden nicht die Bedeutung erhalten, sondern als einseitig bezichnet werden. Der Tarif ist auf drei bezug. fünf Jahre festgelegt, was ebenfalls als schädlich bezichnet worden ist. Es steht aber ausdrücklich im Tarife, daß schon 1899 Abänderungen gemacht werden können, und sofern ein Bedürfnis dazu vorhanden, bietet die Annahme des Antrages Streder die Möglichkeit dazu. Ich kann also eine Schädigung in der Annahme des neuen Tarifs nicht erblicken, einen Nachteil davon haben nur die Berliner Kollegen, die — wenn sie egoistisch genug gewesen wären und sich hätten von der Allgemeinheit getrennt — mehr hätten erreichen können. So lange wie wir zusammenhalten und uns nicht zerplittern werden die Nachteile, welche sich eventuell ergeben könnten, minimal sein. Nun frage ich noch diejenigen, die diesen Tarif ablehnen wollen und sich damit auf den Kampfstandpunkt stellen: Was können wir den Prinzipalen abringen? Wie viel können wir den Prinzipalen erhalten? Was dürfte die Geschichte kosten? — Es ist auf der diesmaligen Generalversammlung Mode geworden, daß jeder Redner glaubt seinen Standpunkt zur modernen Arbeiterbewegung von vorn weg kund zu thun; ich habe nicht nötig meine Karte abzugeben, meine Thätigkeit dürfte genügen. Wir wollen das Klassenbewußtsein nicht opfern, wir wollen nicht der Phrase zustimmen, um dadurch die Organisation zu zerfetzen. Die Tarifgemeinschaft ist keine Prinzipalentrage, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit und ich glaube, daß wenn wir gemeinsam zusammenarbeiten, unsre Lage durch dieselbe verbessern können.

Diermit ist die Diskussion über Punkt 1 und be dingungsweise Punkt 2 geschlossen; es wird zur Abstimmung geschritten; namentliche Abstimmung wird angenommen.

Das Büreau schlägt vor, über den Antrag Schröder zuerst abstimmen zu lassen; der Antrag wird zurückgezogen.

Müller-Essen und Stengele-Hamburg beantragen, zunächst über den Antrag Westminde-Bremerhaven abstimmen zu lassen; wird angenommen.

Die Tarifgemeinschaft wird mit 45 gegen 22 Stimmen angenommen.

Hierauf kommt Antrag Strecker zur Abstimmung. Für denselben stimmen 48 gegen 19.

Hierauf folgt Verlesung einer Resolution der Rasch-

In Erwägung, daß die Bestimmung des neuen Tarifs, laut welcher dem Prinzipal gestattet ist, in Ausnahmefällen die Verkürzung der Arbeitszeit für die Drucker, anstatt, täglich, innerhalb einer bestimmten Frist in Form von ganzen oder halben Tagen einzuführen, viele Mißbilligkeiten für die beteiligten Drucker zur Folge hat, und daß außerdem eine Verallgemeinerung dieser Ausnahmestimmung die schwersten Nachteile für die Organisation in sich birgt, befehligt die außerordentliche Generalversammlung, alle Bestrebungen der organisierten Drucker, welche derartigen Bestrebungen entgegenstehen, zu unterstützen, überläßt es jedoch den einzelnen Gauen, die geeigneten Maßnahmen je nach Lage der Verhältnisse zu treffen. Kirsten, H. Winkelmann, F. Stewert, A. Schleinig, Treder, Blumenthal, Strecker, Stössel, Wachs. Dieselbe findet allgemeine Unterstützung.

Hierauf wird zu Punkt II, Beschlussfassung über die Haltung der Redaktion des Correspondenten in der Tarifsfrage eingetreten.

Hierzu liegt ein Antrag Steinbrück vor:

In Anbetracht, daß der Kollege Gasch in seiner Eigenschaft als Redakteur sich des größten Mißbrauchs seines Amtes insofern schuldig gemacht hat, als er das Gehilfenblatt zur Bekämpfung und Beschimpfung unsrer Organisation, sich zur Herbeiführung einer Spaltung bereit erklärt hat, spricht die heutige Generalversammlung die sofortige Amtsentsetzung des Redakteurs Gasch hiermit aus. Steinbrück, Wendische, Rosenlehner, Trautwein, Rießschmann, Nathusius, Buchholz, Schramm, Eichler, Karl Dominé.

Zunächst begründete Steinbrück seinen Antrag und wiederholte noch einmal die hierfür sprechenden, bereits bekannten Gründe und verwies auf die erbrachten Beweise, wie Gasch der Organisation geschadet. Man möge aber einen bestimmten Antrag auf Ausschluß ablehnen. Seiner Opposition hätten unlaute Motive untergelegen, sie sei diktiert durch ein ausgeprochenes Herrdicksgeiß, in dem Bestreben, die Präsidentenwürde für sich zu erringen. Einer solchen Opposition müsse ein für allemal ein Riegel vorgehoben werden; wir achten eine gesunde Opposition, nicht aber eine solche verwerfliche, auf lauter Unwahrheiten aufgebaute. Nehmen Sie meinen Antrag an, wir erfüllen damit unsre Pflicht.

Herr Krüger-Berlin gab folgende Erklärung ab:

Durch den Schluß der Debatte verhindert zu Wort zu kommen, habe ich auf diesem Wege — veranlaßt durch eine Briefkastennotiz im Corr. vor etwa vier Wochen, in welcher Herr Gasch mitteilte, daß seine Angriffe nur den beamteten resp. besoldeten Personen gelten sollen — im Auftrage der Beisitzer des Zentralvorstandes zu erklären, daß dieselben mit allen Anordnungen und Maßnahmen, welche durch den Vorsitzenden im Corr., Flugblätter usw. zum Ausdruck gekommen, vollständig einverstanden sind und die Verantwortung dafür übernehmen.

Hierauf erfolgte Abstimmung über den Antrag Steinbrück; derselbe wurde mit 65 Stimmen angenommen. Ein Delegierter enthielt sich der Abstimmung, einer war augenblicklich abwesend.

Ein Antrag Wenzel, Trautwein, Bojus, Schröder, Weber, Dominé, Hartmann:

Im Falle der sofortigen Amtsentsetzung des Redakteurs Gasch durch die Generalversammlung demselben sein Gehalt für die Monate Juli bis mit September auszuzahlen wurde ohne Debatte angenommen.

Die Kostendeckung für durch Herrn Gasch herausgegebene Flugblätter im Gesamtbetrage von etwa 350 M. wurde nach kurzer Debatte bewilligt.

Golbs-Dresden fragte an, wer die Kosten für das Steinbrück'sche Flugblatt trägt; Eisler erklärte, daß selbstverständlich der Verein die Kosten nicht übernehmen habe.

Betreffs der übrigen in der Redaktion thätigen Personen erklärte Döblin, daß sich Härtel sowohl wie Schmitz mit Gasch in Sachen der Agitation solidarisch erklärt haben.

Eisler erklärte, daß Schmitz bereits zugegeben, sich mit dem Abgange Gaschs ebenfalls als aus der Redaktion ausgeschlossen zu betrachten.

Eichler wünschte, daß über das Zulassen weiterer Wirksamkeit der betreffenden Personen die Generalversammlung entscheide.

Döblin riet im Hinblick auf Eichlers Engagement und kurze Thätigkeit in der Redaktion, hervorgerufen durch die Unmöglichkeit des Zusammenarbeitens mit Gasch, von einem derartigen Beschluß ab.

Kirsten-Karlsruhe wünschte das Verhältnis zwischen Gasch und Härtel nochmals zu prüfen.

Bettenworth-Meinland-Westfalen kann sich auch nicht für eine Amtsentsetzung entscheiden.

Nach einer weitem Debatte erklärte Döbblin, daß Härtels Stellung in der schwebenden Frage untersucht und ein rigoroses Vorgehen vermieden werden wird.

Eine weitere Diskussion ergab ein vollständig gemeinschaftliches Zusammenarbeiten in letzter Zeit zwischen Gajch und Härtel.

Die Angelegenheit wurde dem Hauptvorstande zur endgültigen Erledigung überwiesen.

Ueber die Frage der Neuwahl des ersten Redakteurs entspann sich ohne positive Vorschläge eine längere Debatte, und wurde der Antrag gestellt, eine Kommission zu wählen, welche eine geeignete Person der Generalversammlung vorschlagen soll.

Nachdem auch die Frage der Sitzverlegung berührt, erklärte sich Riedel entschieden gegen eine Verlegung des Corr. nach Berlin.

Döbblin erklärte, der Vorstand hätte auf Grund der jüngsten Vorkommnisse alle Ursache, auf eine Sitzverlegung zu drängen, aber aus Gründen, die ich in der Opposition suche, bin ich gerade jetzt nicht für eine Sitzverlegung, obwohl es praktisch vielleicht ratsam wäre.

Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Es sprach noch

Kahle-Mugsburg für: Er könne in der Verlegung an den Sitz des Vorstandes eine Beeinflussung des freien Meinungsäußers im Corr. nicht erblicken. Zwei Leitungen schädigen die Organisation.

Heismann-Flensburg erklärte sich dagegen, durch die letzten Vorgänge sei der Antrag nicht motiviert. Bei der hierauf folgenden Abstimmung wurde der Antrag auf Sitzverlegung des Corr. abgelehnt.

In die Kommission, welche sich mit Vorschlägen zur Wahl des Redakteurs befassen soll, werden gewählt: Wettenworth, Eichler, Klapproth, Schlag, Wachs, Seip, Michaelis.

Antrag Breslau, Neuwahl des Vorstandes, wurde zurückgezogen.

Der Antrag der Freien Mitgliederversammlung zu Leipzig wurde als nicht diskutierbar zurückgestellt.

Döbblin kann sich mit der Erklärung Schlages nicht zufrieden geben; die Generalversammlung wird sich wohl näher hierüber aussprechen müssen.

Stengels erklärt, daß gegen den Vorstand nichts vorliegt, deshalb könne von einer Neuwahl keine Rede sein.

Schlag schließt sich Stengels Ausführung an. Giefede verlangt eine Rechtfertigung des Vorstandes. Michaelis erklärt, daß Gajch nichts gegen den Vorstand bewiesen habe, dadurch erledige sich die Sache.

Dasselbe erklären Andreas, Geyner, Riedel. Weiswanger schließt sich Giefedes Ausführung an. Winkelmann beantragt, den Antrag Breslau zur Abstimmung zu bringen; eine umfassende Ablehnung deselben sei die beste Rechtfertigung.

Vorkmühl hält eine Neuwahl für überflüssig. Streckert unterstützt den Antrag Winkelmann.

Naub erklärt sich gegenüber Gajchs schlechter Beweisführung gegen eine Neuwahl; hält deshalb auch keinen Vertrauensausdruck für nötig.

Krenosee kann sich für ein gewisses Vertrauensvotum nicht aussprechen; will aber auch keine Neuwahl. Döbblin verlangt kein Vertrauensvotum; da aber der Antrag Breslau von vornherein zurückgezogen wurde, konnte der Glaube aufkommen, es sei jede weitere Stellungnahme hierzu ausgeschlossen. Nachdem auch die Herren von der Opposition mit ihr Vertrauen bewiesen, erkläre ich mich damit zufrieden.

Mittlerweile geht folgender Antrag ein: Der jetzige Vorstand hat bis zum Jahr 1899 zu amtiern gemäß dem angenommenen Antrag Streckert. Heismann.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Seitens der Diätenkommission wird der Antrag gestellt:

Den Delegierten zur zweiten außerordentlichen Generalversammlung des V. d. B. sind pro Tag 10 Mk. Diäten zu gewähren. Die Diätenkommission.

Golbs und Kühn fanden 8 Mk. Diäten hoch genug. Es wurde Schluß der Debatte beantragt; der Antrag wurde angenommen.

Es sprach noch Michaelis für den Satz von 8 Mk. Andreas kann nicht einsehen, aus welchem Grunde die Diäten herabgesetzt werden sollen; er erwiderte nichts davon.

Melchmann sprach sich einmal für seinen Antrag und illustrierte ein Zirkular Oebbs; über die darin enthaltene Ausführung könne er nur den Kopf schütteln. Damit war die Diskussion erledigt. Namensliche Abstimmung wurde beantragt und angenommen.

Es wurde über den weitgehenden Antrag auf 10 Mk. Diäten abgestimmt.

Dafür stimmen 49, gegen 18 Stimmen. Hierauf wurde der fünfte Sitzungstag geschlossen.

Faktische Bemerkungen.

Schröder gegen Rezhäuser: Die sozialdemokratische Fraktion hat wohl gegen das Gesetz, betr. Gewerbegerichte, gestimmt, aber nicht prinzipiell als solche, sondern wegen der darin enthaltenen reaktionären Bestimmungen, z. B. Ausschluß der Arbeiterinnen usw. Genau so wie man gegen die Tarifvereinbarungen stimmen kann, wegen den in ihnen enthaltenen Bestimmungen.

Riedel gegen Rezhäuser: Auf den Vorwurf des Kollegen Rezhäuser: Niemand auf die Nichtmitgliederkreise in Leipzig anredend eingeht, zu haben, erkläre ich, daß dies eine Behauptung ist, die jeder Begründung entbehrt. Nichts ist unverändert geblieben, seit einer langen Reihe von Jahren, anredend auf die Kollegenkreise in Leipzig einzuwirken. In einer großen Anzahl von Zirkularen, Flugblättern und Versammlungen ist versucht worden, jene Kreise für unsere Organisation zu gewinnen.

Naub gegen Rezhäuser: Ich habe nicht etwa große Streiks gutgeheißen oder empfohlen, sondern nur nachgewiesen, daß fortgesetzt in England sowohl wie in Deutschland größere Streiks stattfinden, denn diese Streiks erwachsen aus den gegebenen Verhältnissen heraus und werden nicht etwa künstlich erzeugt, sie werden also auch in Zukunft nicht verschwinden. Ich habe auch nur behauptet, daß die Partei als solche für die Gewerkschaftsbewegung theoretisch und praktisch eingetreten ist, ganz gleich, ob einmal Herr Bebel, Auer oder Metzger diese oder jene Aeußerung getan hat.

Heismann gegen Rezhäuser: Die Delegierten sind gewählt, um den Gehilfenvertretern Direktiven zu geben, ob die §§ 44-48 dauernd zurückgestellt werden sollen oder nicht und Rezhäuser sagt einfach: Der Delegierte muß für oder gegen den ganzen Tarif stimmen. Rezhäuser ist also dafür, daß ein Delegierter sich des Rechtes begeben soll. Wenn ich das nicht verstehe, so halte ich mich auch für berechtigt, dem Ausdruck zu geben.

Seip gegen Rezhäuser: Thatsache ist, daß uns bisher in allen Monaten vorgegangen wurde, daß die streitigen Paragraphen im Tarife zurückgestellt wurden, als Thatsache hat sich heute herausgestellt, daß nicht die Paragraphen zurückgestellt, sondern dieselben angenommen und lediglich die Ausführung derselben vertagt wurde. Etwas wesentlich anderes, was den Beweis erbringt, daß der Gehilfenkreis nicht völlig reiner Wein eingekocht wurde.

Seip gegen Rezhäuser: Thatsache ist, daß uns bisher in allen Monaten vorgegangen wurde, daß die streitigen Paragraphen im Tarife zurückgestellt wurden, als Thatsache hat sich heute herausgestellt, daß nicht die Paragraphen zurückgestellt, sondern dieselben angenommen und lediglich die Ausführung derselben vertagt wurde. Etwas wesentlich anderes, was den Beweis erbringt, daß der Gehilfenkreis nicht völlig reiner Wein eingekocht wurde.

Buchdruckerzustände vor fünfzig Jahren.

(Fortsetzung aus Nr. 61 des Corr.)

Stuttgarts Buchdruckereten hatten um die Mitte dieses Jahrhunderts einen starken Rückgang zu verzeichnen, denn während in denselben vordem 300 bis 350 Gehilfen Beschäftigung fanden, standen im Jahr 1850 deren bloß noch etwa 250 in Kondition. Seit 1815 bestand daselbst die Württembergische Krankenkasse. Auch hier setzten die Gehilfen 1851 trotz der sauren Geschäftslage ihr Zusammenstehen. Der Gutenberg-Bund zählte 1852 mit Zweigvereinen etwa 500 Mitglieder.

Frankfurt zählte Ende 1849 19 Druckereten mit 207 Gehilfen (147 Seher, 60 Drucker) und 76 Lehrlingen (43 S., 33 Dr.); 52 Handpressen und 21 Schnellpressen. Die größte Druckeret beschäftigte 37 Gehilfen. Schriftsetzereien bestanden 6 mit etwa 40 Gehilfen. 1849 fand in Frankfurt ein recht kollegiales Christfest statt, von dem besonders erwähnt wird, daß sich unter den verlosenen Gegenständen eine Schlafmütze mit einer großen deutschen Kolarde und Knüttelverzier in Bezug auf den deutschen Michel befanden. In Frankfurt fand 1848 ein Kongreß der Schriftsetzer statt, die auf demselben den damaligen Wiener Tarif zu dem ihrigen machten.

Breslau war diejenige Stadt, in welcher die Prinzipale bei der 1848er Lohnbewegung zuvorkommend und ohne zu fesseln kurzerhand die Forderungen ihrer Gehilfen bewilligten, welchem Beispiele fast ganz Schlesien folgte. Breslaus Buchdruckereten hatten damals einschließlich vierzig Drucker einen Gehilfenstand von etwa 160 und etwa 50 Lehrlinge in zehn Druckereten; im Durchschnitt gab es neun bis zehn Kranke zu unterstützen. Am 14. August 1848 sandten die Breslauer Kollegen die erste Rate von 50 Thalern Unterstützung nach Berlin und sie waren es auch, die die Berliner zu energischem Handeln aufforderten. Aber in Breslau verbarben einzelne Gehilfen bald darauf alles, zumeist durch freiwillige Ueberarbeit, so daß noch im Laufe des großen Jahres einige Prinzipale ohne weiteres Reduktionen vornehmen. Immerhin blieben die Prinzipale ihren Gehilfen gegenüber auf freundschaftlichem Fuße, sie stifteten z. B. 1849 50 Thlr. zur Einrichtung eines Vereinslokales der Gehilfenorganisation, was in der betreffenden Korrespondenz dem Geharen der Berliner Denunzianten gegenübergestellt wird. Ende des Jahres 1851 gab es in Breslau 11 Druckereten mit 17 Schnell- und 20 Handpressen. Von den Gehilfen gehörten 156 zum Gutenberg-Bund. In den 12 Jahren bis 1851 wurden in Breslau etwa 2000 Thlr. Bzialtum ausgegahft.

Von den Verhältnissen in Bremen finden wir sehr wenig verzeichnet. Dem Bremer Hauptvereine gehörten 1851 120 Mitglieder an, die Kassen besaßen gegen 2000 Thaler Vermögen; nach der Auflösung des Gutenberg-Bundes bildete sich die Typographia mit etwa 70 Mitgliedern, Beitrag 3 Grote (24 Grote = 10 Sgr.). Eine „Unterstützungskasse“ bestand seit 1840; Vermögensstand derselben Anfang 1854 über 1000 Thaler. Kollege Busch und Kollege Rindermann setzten im Januar 1855 ihr fünfzigjähriges Berufsjubiläum. Sämtliche Prinzipale und Gehilfen nahmen an der Feter teil.

Auf Beschluß der Kollegenchaft in Magdeburg (1849: 90 Gehilfen) wurde der gesellige Verein Typographia dahin erweitert, daß gewerblich-soziale Fragen

das Hauptthema bildeten. An den Magdeburger Gutenberg-Bund hatten sich 1849 Herbst mit 8, Duedlinburg mit 15, Neuhaldensleben mit 2, Stenal mit 2 und Burg mit 1 Kollegen angeschlossen. Später gehörten sämtliche Kollegen Magdeburgs dessen daselbst bestehenden Unterstützungsverbänden an, deren beide Statuten von der königlichen Regierung genehmigt wurden. Eine Verschmelzung beider Vereine, die doch nur zweckmäßig erschienen mußte, unterblieb einer kleinen Minorität zuliebe. Im Jahr 1854 zählten beide Klassen je 90 Mitglieder (5 in Stenal und Neuhaldensleben).

Darmstadt zählte 1849 13 Druckereten mit 6 Schnellpressen, 54 Gehilfen (von denen 40 zum Gutenberg-Bunde gehörten) und 27 Lehrlinge.

In Köln gab es Ende der 40er Jahre 10 Druckereten und 10 „Feuerzeuge“. 1849 passierten Köln 271 Reisende, die je 12 Sgr. Bzialtum erhielten. Seit 1824 bestand eine Kranken- und Bzialkassette und seit 1845 die Typographia, ein geselliger Bildungsverein mit Unterstützungsstellen für invalide, franke und lombittenlose Mitglieder. Selbst den Angehörigen der zum außerordentlichen Militärdienst eintretenden Gehilfen zahlten die Kollegen wöchentlich 1 Thlr., den Frauen 1 Thlr., und für jedes Kind 5 Sgr. Herrn Bachem scheint indes der Wohlthätigkeitssinn der Gehilfen nicht behagt zu haben, denn er stellte die Existenz der Gehilfenkasse dadurch in Frage, daß er die Kondition in seinem Geschäft vom Beltritte zur Lokal-Krankenkasse abhängig machte.

Ueber die Buchdruckeret von W. Deder in Posen finden sich sehr günstige Berichte, der Prinzipal wird als sehr human und freigebig geschilbert. Diese Druckeret beschäftigte 1849 5 Drucker und 3 Burschen an 4 Pressen, 1 Doppel- und 1 einfachen Maschine, 25 Seher und 1 Burschen. Arbeitzeit je fünfzig, Sonnabends neun Stunden, Lohn 4 Thlr. Das gesagte Bzialtum war mit 25 Sgr. das beste in ganz Deutschland, der Prinzipal feuerte 10 Sgr., die Gehilfen 15. Eine Krankenkasse bestand seit 1820. Leistungen bei 2 1/2 Sgr. wöchentlich: 3 1/2 Thlr. Krankengeld und freien Arzt 26 Wochen, 5 Thlr. Invalidengeld monatlich, 15 Thlr. Sterbegeld. Bei diesen Sätzen prosperierte die Kasse sehr gut.

Strakburg gehörte zu jenen Zeiten noch zu Frankreich, weshalb sich auch erst am dem Jahr 1855 in einer Statistik über französische Druckereten Einzelheiten vorfinden. Einzelne und Deutsche fanden sich voll Haß gegenüber. In 6 Druckereten mit 25 Pressen und 8 Schnellpressen arbeiteten 90 bis 100 Gehilfen täglich 11 Stunden bei einem Lohne von 18 bis 24 Frs. Unregelmäßige Beschäftigung und Lohnrücksetzungen waren eingelesen. Mit der Stärke der n wurde Schwindel getrieben, so daß statt 43 u nur 38 n in eine Zeile gingen. Preis für 1000 n 45 bis 60 Cent. Bzialtum 2 Frs. Die Gründung der Kranken- und Invalidenkasse datiert aus dem Jahr 1783.

Wenig finden wir über die Buchdrucker Kärnbergs während der Sturm- und Drangperiode berichtet. 1855 hatte Kärnberg 8 Buchdruckereten mit 50 Gehilfen, während anderthalb Jahrhunderte früher in 8 Druckereten etwa 100 Gehilfen Beschäftigung fanden, die ein aufmerkames Auge auf die Winkelbrudereten und d. s. Lehrlingswesen hatten, wobei ihnen die behördliche Buchdrucker-Ordnung und „kaiserlichen Gebote“ sehr zu statten kamen, laut denen u. a. „nicht so viele und unnötige Buchdrucker-Zungen aufgenommen und gelernt werden“ durften. Solche „mittelalterlichen“ Gebote wären heute auch nicht zu verachten!

Die Kollegenchaft Münchens wurde um das Jahr 1850 mit einem Prinzipals-Gesellen-Vereine mit turkomanischen Statuten beehrt: Gesellen und Lehrlinge müssen Mitglieder werden. Vorstand und Kassierer müssen Prinzipale sein. Es kommt aber noch schöner: Wer eine Kondition in einer Nichtvereinsbude ausschlägt, soll Kondition bei Vereins-Prinzipalen und 2 Gulden Extra-belohnung bekommen. Für solche Massinfortsetzer fand sich augenscheinlich kein Staatsanwalt, der den sauberen Brüdern aufs Dach stieg, man konnte also damals den Boykott präntieren!

Da war die Polizei in Hannover findiger, die sieben Kollegen zu 14 Tagen resp. 3 Wochen Gefängnis „verurteilte“ wegen „Aufwiegelung“. Die Kollegen hatten wegen schlechter Bezahlung und Lohnreduzierung in einer Druckeret vor Konditionsannahme gewarnt. Dieses „Urteil“ wurde jedoch von der Justizkanzlei zur Genugthuung selbst der Prinzipale aufgehoben; zwei von den sieben hatten leider ihre Strafe schon verbüßt. Am 1. August 1853 wurde die „Gutenberg-Kranken-, Sterbe- und Invalidenkasse für Buchdrucker und Schriftsetzer im Königreiche Hannover“ aufgelöst. Gegen den darauf begründeten lokalen Gutenberg-Bund hatte die allgemaltige sonderbareweise nichts einzuwenden. Dieser zählte Anfang 1854 110 Mitglieder. Eine 1840 gegründete Invalidenkasse zahlte bei 4 Pf. Beitrag 12 Outgr. pro Woche.

Der Ratzeburger Gutenberg-Bund mit 30 Mitgliedern verfiel Anfang 1851 ebenfalls der Auflösung, desgleichen der Hessische Gutenberg-Bund. Unter den 10 Druckereten in Mainz z. m. die Hellemanische ein rechtes Schmerzenskind gewesen sein, denn bei einem Personal von 3 Sehern und 2 Druckern hatte dieselbe in einem Jahr um die Mitte dieses Jahrhunderts einen Wechsel von gegen 80 Gehilfen. (Schluß folgt.)